

Politik



Tobins Plan, kurzfristige Finanzspekulationen zu besteuern, geht nicht auf: SpekulantInnen haben kein Herz.

Seite 4

Kultur



Die Goldenen Zitronen hauen mit ihrer neuen Platte erneut ordentlich auf dem gesellschaftlichen

Seite 3

Hochschule



Hut ab! Individuelle Promotionsförderung der Universitäten soll ab dem Haushaltsjahr 2002 in NRW abgeschafft werden.

Seite 2



Im Windschatten der Attentate wird lang Geplantes durchgesetzt Mehr Staat wagen

Die Trümmer der Attentate auf Washington und New York waren noch nicht gelöscht, die ersten Täter noch nicht enttarnt, da versuchten sich bereits die Ersten darin, aus den außenpolitischen Ereignissen innenpolitisches Kleingeld zu schlagen.

Die momentane Besorgnis vieler Menschen ist Wasser auf die Mühlen der Befürworter eines starken Staates. Sie nutzen die grassierende Hysterie, die z.B. bei der Explosion einer Düngemittelfabrik in Toulouse zunächst an einen Terrorakt denken ließ, um unter dem Vorwand der Terrorbekämpfung zum Generalangriff auf die verbliebenen Grundrechte zu blasen.

Den ersten Vorstoß machte der bayrische Innenminister Günther Beckstein mit seiner Forderung, das geplante Einwanderungsgesetz zu verschärfen. Eine Überprüfung potenzieller Einwanderer durch den Staatsschutz könnte jedoch nicht nur gegen islamische FundamentalistInnen angewandt werden, sondern z.B. auch auf kurdische Flüchtlinge, die auf die Menschenrechtsprobleme in ihren Herkunftsstaaten aufmerksam machen wollen. In der Konsequenz entstünde eine Klausel, mit der jede unliebsame politische Betätigung von MigrantInnen unterdrückt werden könnte.

Ebenfalls aus Bayern wurde zudem wieder einmal der Vorschlag laut, Polizei und Armee verstärkt zusammenarbeiten

zu lassen. Das Grundgesetz erlaubt die Zusammenarbeit bisher ausschließlich im Katastrophenfall – aus guten Gründen, hatte sich doch im Nationalsozialismus gezeigt, welche unkontrollierbare Machtfülle durch die schrankenlose Zusammenarbeit entsteht. Doch jetzt fordern Hardliner eine Grundgesetzänderung, die beispielsweise den Einsatz von Soldaten bei Castortransporten oder anderen Großdemonstrationen ermöglichen könnte.

Besonders schnell vollzog sich diese Entwicklung in den Vereinigten Staaten, die bereits am 13.9., als der Schock noch tief saß, ein neues Gesetz verabschiedeten, das die Überwachung der Telekommunikation weiter vereinfacht. So wurde der Anschlag zum – so zynisch es klingt – willkommenen Anlass, das umstrittene „Carnivore“-Internet-Überwachungssystem ohne großen Widerstand einzuführen. Auch in Großbritannien wurden Internetprovider zu großflächigeren Datenspeicherungen gezwungen, was George Monbiot im Guardian zu der Bemerkung veranlasste: „Wenn Osama bin Laden nicht existieren würde, müsste man ihn erfinden.“

Vergleichbares ist auch in Deutschland denkbar, wie der SPD-Experte für Neue Medien, Jörg Tauss, gegenüber der c't äußerte. Bei der momentanen Hysterie befürchtet er, „dass die Anschläge zum Anlass genommen werden, lang Geplantes umzusetzen“. Zum Beispiel einen Gesetzesantrag, den die CDU/CSU-Fraktion bereits Ende August im Bundestag gestellt hatte, um den StrafverfolgerInnen mehr Mittel im Kampf gegen Terrorismus an die Hand zu geben. Dazu gehören neben einer Veränderung der Kronzeugenregelung oder klaren Regeln für verdeckte Ermittler auch eine Erweiterung der Überwachungsmöglichkeiten in der Telekommunikation. Ganz nach dem Vorbild der in den USA und in Großbritannien beschlossenen Regelungen, machen sich die Konservativen für eine Vorratsspeicherung personenbezogener Daten stark (z.B. Verbindungsdaten der Provider, E-Com-

merce, Online-Banking). Dabei sollen Mindestfristen für die Datenspeicherung eingeführt werden, da es nach dem bisherigen § 89 des Telekommunikationsgesetzes (TKG), der nur Höchstfristen vorschreibt, prinzipiell möglich ist, dass Daten längst gelöscht sind, wenn sie gebraucht werden.

Eine konkrete Zeitspanne wird in diesem Gesetzesantrag nicht benannt. Berücksichtigt man aber, dass Provider bereits heute durch eine zum TKG gehörende Zusatzverordnung dazu verpflichtet sind, die Daten für ein halbes Jahr zu speichern, so muss man davon ausgehen, dass diese Frist weiter verlängert werden soll. Zudem ist geplant, die Daten der Mobiltelefonanbieter zu nutzen, um gezielt Bewegungsprofile erstellen zu können.

Fakten schaffen

Neuerliche Einschnitte in die Grundrechte werden zur Zeit nicht bloß diskutiert, denn einige rechtliche Verschärfungen wurden bereits in den Tagen nach dem Attentat umgesetzt. Beschlossene Sache ist der bereits länger geplante § 129b, der die rechtlichen Grundlagen zur Verfolgung im Ausland operierender krimineller und terroristischer Organisationen liefern soll. Wie bei seinem Bruder § 129a liefert er, und das wird sein Hauptzweck sein, eine willkommene Rechtfertigung zur Ausforschung unliebsamer politischer Spektren. Kaum ein Begriff ist so dehnbar und vom jeweiligen Standpunkt abhängig wie der „Terrorismus“: Unterstützt man die Ziele der Kämpfenden, so nennt man sie Freiheitskämpfer, hat man konträre Absichten, so heißen sie Terroristen.

Wenn man genug zerrt, dann lässt sich der Terrorismusbegriff noch weiter bis zur Beliebigkeit dehnen, wie die Europäische Union in ihrem Anti-Terrorismus-Konzept eindrucksvoll demonstriert. Das Ende vergangener Woche vorgestellte Konzept hat den Status einer Rahmenentscheidung und kann daher schnell eine bindende Wirkung erlangen. Neben diesem Konzept wurde auf dem Treffen der Justiz- und Innenminister Eurolands die Einführung eines Europäischen Haftbefehls und einer Auslieferungsregelung innerhalb der EU vorgeschlagen.

In dieser Rahmenentscheidung wird Terrorismus als Vergehen definiert, welche „absichtlich durch einen Einzelnen oder eine Gruppe gegen einen Staat oder mehrere Staaten, deren Einrichtungen oder dessen Bevölkerung begangen

werden, mit der Absicht diese einzuschüchtern oder die politischen, ökonomischen oder sozialen Strukturen dieser Länder zu zerstören“. Als ob dies nicht bereits ausreichenden Spielraum für Willkür bieten würde, wird auch vergleichbar zu unserem § 129 das „Anstiften, Unterstützen, Begünstigen oder die Teilnahme einer terroristischen Gruppe“ unter Strafe gestellt.

Angesichts dieses schon fast beliebigen Terrorismusbegriffs fragte die britische Bürgerrechtsorganisation *Statewatch*: „Besteht etwa die Absicht die Definition von ‚Terrorismus‘ auch auf Demonstrationen, Proteste und politische Gegenmeinungen zu erweitern?“ Es gehört nicht allzu viel Phantasie dazu, sich vorzustellen, dass die geplanten Anti-Terror-Maßnahmen auch gegen Protestierende bei Castortransporten, großen Gipfeln wie in Genua oder beinahe jeder größeren Demonstration eingesetzt werden könnten.

Keine Diskussion

Es steht also in der EU und in Deutschland ein ganzes Paket an Grausamkeiten an, darunter auch Verschärfungen, die nicht ohne Grund bislang heiß diskutiert oder bereits in Parlamenten abgelehnt wurden. Unter dem Eindruck der Ereignisse besteht die Gefahr, dass die verschärfenden Maßnahmen ohne große Diskussion, dafür in großer Eile durchgedrückt werden. Doch gerade in Deutschland sollte man aus den Erfahrungen des Deutschen Herbstes wissen, was mit Anti-Terror-Maßnahmen geschieht, die einmal beschlossen wurden: Sie werden so schnell nicht mehr abgeschafft. Derweil rauchen wir für mehr Sicherheit...

mac



Neues von der Einschreibung Lehramtsphantasie

Der Negativtrend sinkender Studierendenzahlen der vergangenen Jahre scheint durchbrochen: In den ersten drei Wochen der Einschreibung haben sich insgesamt 3.305 StudienanfängerInnen immatrikuliert, das sind etwa zehn Prozent mehr als im Vorjahr. Besonders stark, nämlich um 59%, ist die Zahl der Ersts in der Fakultät für Maschinenbau angestiegen.

Mit Überraschung durften wir derselben Pressemitteilung der Ruhr-Universität entnehmen, dass sich über 300 Studierende für das neue, gestufte Lehramt eingeschrieben haben. Wie sie das genau gemacht haben? Das wird leider nicht erklärt, obwohl es sicher interessant wäre zu erfahren, wie man sich für einen Studiengang einschreibt, den es – wenn über-

haupt – erst im nächsten Jahr geben wird ...

Bis vor kurzem wusste dies auch noch die Pressestelle, sie schrieb am 16.8. zum Beginn der Einschreibungen: „Wer sich für einen Lehramtsstudiengang an der RUB einschreiben möchte, kann das in diesem Semester tun wie bisher auch – alle geplanten Änderungen durch die Einführung der gestuften Studiengänge für das Lehramt gelten erst ab dem Wintersemester des nächsten Jahres. Wer sich jetzt für die herkömmliche Form des Lehramtsstudiums einschreibt, wird problemlos in das gestufte Studium wechseln können, ist aber nicht dazu gezwungen.“

mac



<http://bo-alternativ.de>

fzs-Sommerschule an der Ostsee

Nachdenken übers Studium

Landgericht BO spricht Nazis frei

Diesen Montag sprach das Bochumer Landgericht den einschlägig als Neonazi bekannten Gelsenkirchener Stefan Yaban und einen Mitangeklagten aus Bochum vom Vorwurf frei, öffentlich den verbottenen Hitlergruß benutzt zu haben.

Yaban und 13 weitere jugendliche Nazis wurden im Mai vorigen Jahres festgenommen, weil aus ihrer Gruppe heraus im Weimarer Schlosspark rechtsextreme Lieder gesungen und neonazistische Parolen gerufen worden waren. In einem ersten Verfahren waren sie gemeinsam mit dem ebenfalls einschlägig bekannten Thomas Ickert deswegen zu Freiheitsarrest und Sozialstunden verurteilt worden.

Bei der von Yaban und Dennis P. angestrebten Berufungsverhandlung vor dem Landgericht liefen die Dinge besser für die beiden Nazis. Auch wenn Thomas Ickert, der seinen Berufsungsantrag zurückgezogen hatte, seine Kameraden als Zeuge belastete. Natürlich seien „rechtsradikale Lieder“ gesungen und „Jude verbrenne“ gerufen worden, woran auch er sich beteiligt habe. Und natürlich „schätze“ er „mal“, dass Yaban und Paulus sich daran beteiligt haben. Ebenso wie an den Pöbeleien mit Hitlergruß in Richtung einer Passantin im Weimarer Schlosspark an jenem Abend. Genau gesehen oder gehört haben will er aber nicht.

Ebenso wie die Hauptbelastungszeugin aus dem ersten Verfahren, die mit all dem nichts zu tun haben wollte und zum ersten Prozessstag auch gar nicht erst erschien. Angst habe sie allerdings nicht, schließlich sei sie Deutsche und hätte nix zu befürchten. Der Zeuge des Staatsschutzes haspelte sich während der Befragung in unglaublicher Weise. Alles im Sinne der Erwartungen des Richters, der zu Beginn der Verhandlung den Angeklagten versicherte, ein Freispruch sei durchaus drin.

Zum Schluss plädierte selbst der Staatsanwalt auf Freispruch, da die den beiden Angeklagten zur Last gelegten Taten nicht bewiesen werden konnten.

Der Anwalt Yabans formulierte in seinem Schlusswort den frommen Wunsch, ein Freispruch infolge eines fehlenden Schuldnachweises für ihn und seinen Mitangeklagten könnte seinen Mandanten von den Vorzügen des Rechtsstaates überzeugen und in die Arme der Demokratie zurückzulocken. Nun, wir werden sehen und sicherlich auch darüber berichten, wenn Stefan Yaban demnächst wieder vor Gericht steht, weil er sich für einen Überfall auf antifaschistische Jugendliche in der Bochumer Akademiestraße zu verantworten hat.

Mit Nazis diskutieren?

Mittwoch, 19. September, Kokerei Zollverein in Essen: In der Reihe „Letzte Warnung“ sollte ein Diavortrag „Nazis in NRW“ stattfinden. Neben 15 regulären BesucherInnen standen plötzlich auch 25 bis 30 Nazis (etwa ein Drittel davon weiblich), also genau die Sorte Mensch, von der am Abend die Rede sein sollte, auf der Matte. Die von diesen begonnene „Diskussion“ über Toleranz, falsche Darstellung von Rechten und ähnlichen Gutmenschenquatsch interessierte zumal mit diesen GesprächspartnerInnen niemand der Anwesenden, weshalb die selbsteingeladenen Gäste nach draußen verwiesen wurden. Dem leisteten sie schließlich auch Folge, ließen es sich allerdings nicht nehmen, noch vor dem Café heranzukommen, bis sich die Polizei einfand.

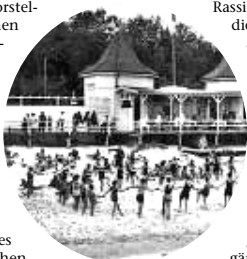
RCDS gegen Zecken und Kameltreiber

Wie viele andere auch versucht der Uni-Ableger der CDU, der RCDS, aus den Anschlägen in den USA Kapital zu schlagen. Als größter Fürsprecher weißer deutscher Studenten fordert er schon seit Jahrzehnten die Abschaffung der autonomen Referate für Frauen und „Ausländer“ und sieht sich nun durch die terroristischen Aktivitäten der islamistischen Hamburger Studenten bestätigt. Schuld daran sind nach Meinung des RCDS natürlich die „als Folgeerscheinung der 68er“ entstandenen autonomen Referate, die nach Ansicht des RCDS für „ausländerextremistische Umtriebe“ missbraucht werden und deren Ressourcen für „kriminelle Polit-Aktivitäten“ verwendet werden. Zumindest oftmals und potentiell. So ist das halt, wenn weiße deutsche Männer nicht die Aufsicht haben.

Vom 7. bis 14. September fanden sich auf Einladung des studentischen Dachverbandes freier Zusammenschluss von StudentInnenschaften (fzs) rund 50 Studis, die meisten von ihnen AktivistInnen von StudentInnenschaften aus der ganzen Bundesrepublik in dem etwas heruntergekommenen Ostseebad Kühlungsborn ein, um sich rund 500 Meter von der Ostsee entfernt dem Nachdenken über Hochschule und Studium zu widmen. Na ja, und um Bier zu trinken. Geschommen wurde auch, aber nur von den Tapferen.

Die Sommerschule begann mit einem Seminarwochenende, an dessen Gestaltung und Organisation sich neben dem fzs auch die Evangelische StudentInnengemeinde und der Bund Demokratischer WissenschaftlerInnen beteiligte. Im Mittelpunkt stand dabei eine Denkschrift des Sozialistischer Deutscher Studentenbund von 1961, in der unter anderem erstmals die Einführung der Gruppenuniversität gefordert wurde. Wolfgang Nitsch, einer der Autoren der Denkschrift und heute Professor in Oldenburg, wandte sich in seinen Erläuterungen zu dieser Schrift denn auch gegen die Abschaffung der Gruppenuniversität zugunsten einer Stärkung der Dekane und Rektoren, wie sie zur Zeit an deutschen Unis und FHs stattfindet. Insgesamt hat sich die Auseinandersetzung mit dem immerhin 40 Jahre alten Papier gelohnt, es sei als Einstieg in die Auseinandersetzung um die Frage „Was zum Teufel machen wir hier an der Uni eigentlich“

empfohlen und ist in vielen Aspekten nach wie vor aktuell. Besonders gelungen an diesem Wochenende war ein Referat zum Thema Humboldtsches Bildungsideal – immerhin ein Begriff, der immer wieder auftaucht ohne dass irgend jemand noch wüsste, was damit einmal gemeint war. Weniger gelungen war der Workshop zu den bildungspolitischen Vorstellungen der deutschen Bischöfe beider Richtungen, der zwar mit viel pädagogischer Raffinesse angegangen wurde, jedoch letztlich an besagtem Papier scheiterte, dem im wesentlichen zu entnehmen war, dass es sowohl im Sinne des lieben Gottes als auch des deutschen Standortes wäre, den Sonntag als Ruhetag zu erhalten.



Die Arbeitskreise

Von den zahlreichen Arbeitskreisen in den nächsten Tagen wären insbesondere zwei hervor zu heben.

Zum einen der AK Biopolitik, in dem die durch die gentechnischen Fortschritte aufgeworfenen Fragen in den Kontext einer allgemeinen Verschärfung des gesellschaftlichen Drucks zur Selbstoptimierung gestellt wurde: Schneller studieren, gesünder Leben, Drogen nur in Maßen und bitte keine behinderten Kinder bekommen – alles zum Wohle des Standortes.

Zum zweiten der AK „Rassismus und Antirassismus in der BRD: Rasse, Klasse, Nation“, vorbereitet von Sascha Zinlfou vom Landesverband NRW der Initiative Schwarze Deutsche, in dem einem Teil der oft wenig hinterfragten Rassismusbegriffe, die innerhalb der weißen deutschen Linken und der antirassistischen Bewegungen in den letzten zehn Jahren verwendet

wurden, eine linke Rassismustheorie (zum Nachlesen: die von Walzerstein) entgegengesetzt wurde. Neben der kritischen Betrachtung „naiver“ Ansätze zur Erklärung von Rassismus und der Diskussion des vorgestellten theoretischen Ansatzes, spielten vor allem die Diskussion konkreter Konsequenzen theoretischer Rassismusanalysen für die Möglichkeiten antirassistischer Intervention eine Rolle.

Weitere Arbeitskreise befassten sich etwa mit den Themen Studienfinanzierung, Sozialpolitik, gestufte Studiengänge, Hochschulpolitik in Deutschland und Europa. Kurz gesagt: Wer sich als AktivistIn in Fachschaft oder AstA oder einfach nur als StudentIn mit seiner oder ihrem Lebensfeld Hochschule befassen wollte, war mit der fzs-Sommerschule gut beraten. Auch wenn der Freizeitbereich infolge des schlechten Wetter etwas beschränkt ausfiel. Das nächste Mal also bitte auf den Kanaren, fzs.

Die wichtigsten Debatten fanden, wie bei solchen Treffen üblich, nicht im Plenum sondern am Rande des Programms statt. Politisch, regional und altersmäßig waren die TeilnehmerInnen gut gemischt, so dass interessante Neuigkeiten zu erfahren waren. Z.B., dass die JungdemokratInnen/Junge Linke die Weltherrschaft anstreben.

Unerfreuliches aus Dunkeldeutschland ...

AktivistInnen aus Dresden berichteten von der deutschlandweit wohl härtesten Strafmaßnahme für sogenannte „Bummelstudenten“:

Wer in Sachsen nach 14 Semestern sein oder ihr Studium nicht abgeschlossen hat, wird zwangsexmatrikuliert, soll heißen einfach rausgeschmissen. Und anders als in Baden-Württemberg ist da dann auch mit Strafgebühren nichts mehr zu machen; es gilt dann, das Bundesland zu verlassen oder die AbrechnerInnenberatung des Arbeitsamtes aufzusuchen. Ein ehemaliger Aktivist der Rostocker StudentInnenschaft berichtete von tätlichen Naziübergriffen auf ihn und seine KollegInnen – schade eigentlich, Rostock ist wirklich ein sehr schönes Städtchen mit netten Kneipen und gar nicht weit von netten Stränden.

... und aus tief im Westen

Wiederholt wurden die aus Bochum angereisten AktivistInnen auf das zweifelhaft Treiben der Bochumer Studigruppe der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) angesprochen, die sich im Rahmen des letzten StuPa-Wahlkampfes in Bochum durch rechtspopulistische Ausfälle hervorgeraten und die AstA-Aktiven als Ungeziefer bezeichnet hatte. Die anwesenden GEW-Mitglieder brachten angesichts solcher Ausfälle ebenso wie die anderen Studi-AktivistInnen nur ungläubiges Kopfschütteln hervor. Studentische GEW-FunktionärInnen zufolge muss sich inzwischen der GEW-Bundesvorstand mit dieser leidigen Sache befassen. Die anwesenden AktivistInnen von der TH Aachen wussten Erschreckendes von der dort aktive Nazi-Burschenschaft *Libertas Brunn* zu berichten, die zum Glück nicht mehr im Studierendenparlament vertreten ist und bekundeten ihr Wohlwollen gegenüber den AntifaschistInnen, die sich dieser braunen Gefahr stellen.

geka

Gelder im Haushalt 2002 gestrichen

Promotionsförderung ade?

Bei der laufenden Debatte über den kommenden Haushalt des Landes NRW wird wieder einmal jedem Studierenden klar, wie wichtig den lieben PolitikerInnen die Unis in NRW sind. Gerade bei den Hochschulen soll weiter gespart werden. Betroffenen von den Kürzungen sind diesmal graduierte Studierende, die eine Promotion anstreben.

Im geplanten Haushalt für das Jahr 2002 soll die individuelle Promotionsförderung der Universitäten als Haushaltsposten komplett gestrichen werden und dagegen die

Förderung von Graduiertenkollegs im Haushalt unangetastet bleiben. Diese Ungleichbehandlung ist absolut nicht hinnehmbar.

Durch die vorgesehene Streichung der Mittel für die individuelle Promotionsförderung der Universitäten und der alleinigen Beibehaltung der Förderung der Graduiertenkollegs wird die Forschungsfreiheit und die breite Forschungsförderung wie bisher nicht mehr möglich sein.

Graduiertenkollegs allein können aufgrund ihrer Konzeptionierung eine so breite Förderung von Promotionswilligen nicht leisten.

Sie stellen lediglich eine Ergänzung der individuellen Promotionsförderung dar, insbesondere in speziellen Forschungsbereichen. Eigene individuelle Themen, außerhalb dieser

Kollegs, würden nach den Plänen der Landesregierung überhaupt keine Förderung mehr erhalten und so den graduierten Studierenden eine dringend benötigte Unterstützung versagen. Gerade unter dem Gesichtspunkt der Gleich-

... Fortsetzung auf Seite 3

Die Goldenen Zitronen fahren zum Schafott Werden Anarchisten Demokraten?



bsz termine

Mittwoch, 26. September

Friedensplenum

19.30 Uhr, Bahnhof Langendreer (Raum 6), Bochum

Die Deutschen in der französischen Resistance

Ein Vortrag von Peter Gingold, DRAFD
19.30 Uhr, Bahnhof Langendreer (Raum 6), Bochum

Terror Art

RadioBonteKoe: Osteuropäischer Folk-Punk/
New Wave mit der rumänischen Band
20 Uhr, Wageni, Wallbaumweg 137

Donnerstag, 27. September

Linkes Netzwerk Bochum

Zum Stand der Antiglobalisierungsbewegung
nach Genua, mit Jörg Bergstedt
19.30 Uhr, Bahnhof Langendreer, Bochum

Something else

Songs of Tears and Laughter
Eine Hommage an Albert Ayler
Ekkehard Jost – Baritonsaxophon, Joe Bonica –
Schlagzeug, Dieter Manderscheid – Kontrabass,
Reiner Winterschladen – Trompete
20 Uhr, Bahnhof Langendreer, Bochum

Freitag, 28. September

Löschfeuer

Genua Soli-Party, mit DJ Marin Bodlin und
DJ Mazomba. Alle Einnahmen werden für
Prozess- und Anwaltskosten im Zusammen-
hang mit Genua verwendet
22.00 Uhr, Kulturcafé der Ruhr-Uni,
Bochum

VVN-BdA-Veranstaltung zum 60. Jahrestag der Verordnung, dass Juden den gelben Stern tragen müssen

19.30 Uhr, Simplan, Poststr. 43, Bochum

Weg mit den rassistischen Asylgesetzen!

Eine Veranstaltung über Abschiebeknäste, rassistische Einwanderungspolitik und Abschiebung
Auftritt zur JD/JL-Kampagne „Mein System kennt keine Grenzen“
20 Uhr, Buchladen/Café Taranta Babu, Humboldtstr.44, Dortmund

Samstag, 29. September

Interkulturelle Woche: Tag der offenen Tür

Eine islamische Gemeinde stellt sich vor
11-14 Uhr, Schmidtstraße 29, Bochum

Sonntag, 30. September

RadioBonteKoe: The Ex (Amsterdam) & Rotes Haus (Hamburg)

20 Uhr, Bhf. Langendreer (Halle), Bochum

Montag, 1. Oktober

Initiative zur Rehabilitation der Opfer des Kalten Krieges

19.30 Uhr, Bahnhof Langendreer (Eingang: Kino Endstation), Bochum

Dienstag, 2. Oktober

Deutschland ist kein Ausreiseland – Residenzpflicht für politisch Unliebsame.

Referent: Rolf Gössner, Rechtsanwalt und Publizist
19.30 Uhr, Bhf. Langendreer (Raum 6), Bochum

Mittwoch, 3. Oktober

Bundesweite Demonstration gegen Abschiebeknäste in Büren

Abfahrt von Bochum Hbf.: 9.30 Uhr

Auf ihrer frisch veröffentlichten Platte 'Schafott zum Fahrstuhl' hauen die Goldenen Zitronen erneut stark auf dem real existierenden gesellschaftlichen Wahnsinn und seinen alltäglichen Auswüchsen herum. Leider wird das allmählich langweilig und bietet inzwischen wenig Neuartiges.

In ihrer „Jugendzeit“ in den 80er Jahren hießen uns die Zitronen noch „Willkommen in der Teenage Rebellion“ (auf 'Kampfstern Mallorca dockt an'). Damals glaubten sie und andere Fun-Punk-Bands noch an die Möglichkeit einer Überwindung der bestehenden kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse mit und durch die Musik. Praktisch gelebt wurde diese Hoffnung im Kampf um die Hamburger Hafenstraße. Viele der Menschen, die sich damals als Fans der Zitronen verstanden, sahen, fühlten sich als solche auch als Teil dieser Teenage Rebellion, die die Herrschenden das Fürchten lehren sollte und „die Regierung stürzen“ würde, denn „alles was ich will ist nur ein paar Köpfe kürzen“ (aus: Alles was ich will ist nur die Regierung stürzen, von der LP 'Fuck You'). Das war damals sehr lustig, machte Spaß und nährte viele Hoffnungen, die eigenen und die der Menschen, die sich für diese Musik begeisterten. Leider ist aber in der Geschichte noch kein Fall belegt, dass Musik der Auslöser für eine Revolution gewesen ist.

So war es auch bei den Goldenen Zitronen. Nach dem Zusammenbruch des real vegetierenden Sozialismus, dem Wiedererstarken des großdeutschen Reiches und der kollektiven Selbstfindung der normal dummdeutschen Bevölkerung bei den Pogromen in Rostock und anderswo war in den 90er Jahren auch für Schorsch Kamerun, Ted Gaier und

Konsorten endgültig Schluss mit lustig. Viele der befreundeten Fun-Punk-Bands lösten sich auf und die Zitronen legten zunächst eine längere Pause ein.

Im Jahre 4 nach der Entstehung des neuen Großdeutschlands meldeten sich die Zitronen dann zurück. Und sie hatten sich grundlegend gewandelt, was ihnen einige der alten Fans



übri-
gens
nicht
verziehen.

Die Musik wurde aggressiver und neben verzerrten Gitarren hatte man auch gelernt, am Computer Beats zu programmieren. Der Sound wurde alles in allem nerviger und anstrengender. An die Stelle der Lockerheit der früheren Jahre waren Wut und Hass getreten. Dieser neue ein wenig avantgardistisch klingende Sound war sicherlich auch eine Antwort auf das fröhliche Peace-and-Love-Geseiere des die neue politische Entwicklung begleitenden Techno-Sounds der Love-Parade. Sänger Schorsch Kamerun sang auch nicht mehr sondern sprach oder predigte seine Texte nun zu seiner interessiert lauschenden Fangemeinde. Ein bißchen erhobener Zeigefinger und Belehrung waren nun auch mit dabei.

In den Texten war die frühere Ironie und der Spaß einer tiefen Resignation gewichen – Ausdruck

der allgemeinen Verzweiflung der politischen Linken und der Verfestigung der bestehenden Verhältnisse. Während sich die Texte früher ums Saufen, Spaß haben (z.B. im Song Marihuana), die Liebe (Daniel) oder direkt um Mord an den Herrschenden (s.o.) drehten, reflektierten die Zitronen jetzt auch über die Unmöglichkeit der Veränderung und dem allgemeinen sich-lecker-Einrichten in den perversen, logisch unlogischen Verhältnissen (beispielsweise im Song „Weil wir einverstanden sind“). Die Botschaften waren jetzt dezidiert politisch.

Fahrstuhl zum Schafott

Auf der neuen LP 'Schafott zum Fahrstuhl' pflegen die Goldenen Zitronen erneut ihren „linken Puritanismus“ – wie eine einst als linke Zeitschrift angetretene Musikpostille vor drei Jahren die Zitronen beschrieb.

Neu an dieser Platte ist das offenere Bandkonzept, die Instrumente werden fröhlich unter den Bandmitgliedern ausgetauscht. Bei einigen Songs arbeiten die Zitronen auch mit den Chicks on Speed aus Berlin und Mitgliedern der Band Stella zusammen. Allerdings kann auch durch die Zusammenarbeit mit anderen

MusikerInnen nicht verhindert werden, dass die inzwischen vierte Platte der „neuen“ Zitronen wenig innovativ klingt und die bewusst auf die Nerven gehenden Sounds allmählich langweilen. Die „Widersprüche, Widersprüche, Widersprüche“ (aus dem Song Widersprüche) hat die Band in den letzten Jahren oft genug thematisiert und durch ständiges Wiederholen des Ewiggleichen, wird weder die Musik noch die Welt besser. Ein wenig mehr Ironie, Witz und weniger verkrampter Ernst und erhobener Zeigefinger wären angebracht.

Die Kulturindustrie und die Musiksender schließen zur Zeit Frieden mit den Goldenen, da ihr neues Video („Flimmern“) des öfteren auf Viva 2 gezeigt wird. Es steht zu befürchten, das die Zitronen den Weg vieler Bands gehen. In etwa zwei Jahren wird das Goethe-Institut die Gruppe als Aushängeschild einer konstruktiv kritischen Musik entdecken und die Band auf Tour schicken. Dann wird sich das für die Zitronen bewahrt haben, was schon FSK Mitte der 80er – in Antizipation der Karriere eines Joschka Fischer – sangen: „Junge, wer mit 20 kein Anarchist gewesen ist, aus dem wird nie ein guter Demokrat.“ (in dem Lied: Bluejodel für Herbert Wehner). Auf 'Schafott zum Fahrstuhl' covern die Goldenen Zitronen dieses Lied, übrigens ohne den Jodelteil des Originals. Ist dies vielleicht weise Voraussicht der eigenen Karriere? Sollte dies so sein, muss man den Zitronen auf jeden Fall zugute halten, dass sie sich lange gewehrt

... fortgesetzt von Seite 2

Promotionen in Gefahr

berechtigung der Universitätsfächer und der Studierenden sind die themen- und fächerspezifisch festgelegten Graduiertenkollegs außerstande, eine pluralistische Themenvielfalt an den Universitäten zu garantieren. Ganz zu schweigen von den Möglichkeiten der Einflussnahme auf die Graduiertenkollegs durch ihre privaten Förderer.

Allein an der Ruhr-Universität

wurden bislang ca. 300 Promotions durch die individuelle Promotionsförderung unterstützt und gefördert. Würde der Haushaltsentwurf der Landesregierung in dieser Form beschlossen und umgesetzt, würde die breite Forschungsförderung und Forschungsfreiheit, nicht nur in Bochum, sondern in ganz NRW der Vergangenheit angehören. Individuelles Forschen insbesondere von graduierten Stu-

dierenden, die auf die Forschungsunterstützung angewiesen sind, wird erschwert, wenn nicht sogar unmöglich gemacht.

Durch die geplanten Maßnahmen der Landesregierung wird das so oft beschworene Engagement für den Hochschulstandort NRW ad absurdum geführt und das Wahlversprechen einer besseren Förderung der Universitäten, und somit natürlich auch der For-

schung, gebrochen.

Wird der Haushalt wie geplant von der Regierung in Düsseldorf verabschiedet, sind die bisherigen Förderungsprogramme der Universitäten nicht mehr möglich und laufende Förderungsprogramme in ihrem Bestand akut gefährdet. Ziel der Regierung sollte dagegen sein, auch die Forschungsförderung allen Studierenden zu eröffnen.

Noch eine Anmerkung zum Schluss: Dass die Kürzungen im Bereich der Promotionsförderung in der im Internet veröffentlichten Pressemitteilung der Landesregierung in einem Satz mit der Einstellung der Beteiligung des Landes NRW an Waldbrandversicherungen privater Waldbesitzer genannt wird, spricht wohl für sich und zeigt wie wichtig Forschung an Unis in Düsseldorf genommen wird.

Alexander Stehl
ASIA Referat für
Hochschul- und
Bildungspolitik



Was ist eigentlich die Tobin-Steuer? Steuern durch Steuern?

Gerhard Schröder sieht ihre BefürworterInnen in „guter Gesellschaft“. Kerstin Müller fordert eine gemeinsame Initiative zu ihrer Einführung mit Frankreich. Premier Jospin fordert die EU auf, sich in Gremien wie der OECD und dem IWF für sie einzusetzen. Sie boomt. Sie ist „in“. Sie sickert langsam in den politischen Mainstream – die Rede ist von der berüchtigten Tobinsteuer.

Was ist das eigentlich, diese Steuer, die bereits 1978 von dem amerikanischen Nobelpreisträger James Tobin vorgeschlagen wurde und die seit Jahren von Bewegungen wie ATTAC auf allen „Antiglobalisierungs-Events“ vehement gefordert wird?

Grundidee der Steuer ist, alle kurzfristigen Finanzspekulationen auf dem Weltmarkt mit einer Steuer von (je nach Quelle der Zitate) 0,1-0,5% zu besteuern und die Gewinne in einen Fonds zur Entwicklungshilfe und Entschuldung der Entwicklungsländer fließen zu lassen.

Schließlich seien jene kurzfristigen Spekulationen, in denen Spekulanten teilweise in wenigen Stunden immense Profite erzielen, „eine wesentliche Ursache für die Instabilität der Finanzmärkte, die immer wieder zu schweren Wirtschaftskrisen mit internationalen Kettenreaktionen führt.“ So die Nichtregierungsorganisation WEED in einem Unterschriftenpapier an die Bundesregierung.

Als Beispiele führen sie die Krisen in Mexiko (1994),

Südostasien (1997) und Russland (1998) an, „die über Nacht die Früchte jahrelanger Entwicklungsarbeit zerstört“ hätten.

Das hört sich ja alles ganz gut an

Kurzfristige Spekulationen werden mit einer Steuer belegt, jene fließt in einen Fonds zur Entwicklungshilfe, der von Institutionen wie dem IWF (Internationaler Währungsfonds) verwaltet, quotiert und verteilt werden soll.

Doch bei näherem Hinsehen entdeckt man einen logischen Kurzschluss in der Argumentation für die Tobinsteuer, der sich neben Nicht-Regierungs-Organisationen und Kampagnen wie WEED oder ATTAC sowie Alt-Promis wie Lafontaine mittlerweile auch Parteien wie die PDS, Teile der Grünen und zumindest per Lippenbekenntnis ja sogar unser aller Kanzler angeschlossen haben.

Erstes Ziel der Tobinsteuer: Durch Besteuerung auf kurzfristige Spekulationen eine Menge Geld für die Entwicklungshilfe einzutreiben.

Zweites Ziel der Tobinsteuer: Kurzfristige, blitzschnelle Spekulationen durch diese Steuererhebung auf die Dauer unattraktiv zu machen und somit wieder besonnene und langfristige Spekulationen zu fördern.

Da tut sich ein Widerspruch auf.

Einerseits will man Entwicklungshilfe aus Steuergeldern auf kurzfristige Spekulationen finanzieren, andererseits will man diese verhassten Schnellspekulationen auf Dauer abschaffen oder verringern.

Egal, wie die Spekulanten bei einer konsequenten Einführung der Steuer nun reagieren – es kann eigentlich immer nur eines

der beiden Ziele wirklich erreicht werden.

Gibt es nun tatsächlich weniger kurzfristige Spekulationen, kann man zwar stolz auf eine Wiederbelebung langfristiger Devisengeschäfte schauen, nimmt aber dafür wenig Entwicklungshilfe ein.

Steigt hingegen die Anzahl kurzfristiger Spekulationen, weil die Spekulanten die Steuer nun einfach in ihre Geschäfte einplanen und zur Erzielung der Gewinne einfach mehr spekulieren, nimmt man zwar eine Menge Geld für die Entwicklungshilfe ein, hat den Markt aber nicht wieder auf den ruhigen, angestrebten Kurs langfristiger Spekulationen zurückgebracht.

Peter Wahl von WEED glaubt allerdings daran, eben beide Ziele miteinander vereinen zu können. So heißt es in einem TAZ-Kommentar vom 29.1. dieses Jahres: „Wenn die Steuer ihre Lenkungsfunction so weit erfolgreich erfüllt, dass der Devisenumsatz um die Hälfte zurückgeht, würden bei einem Steuersatz von 0,5 Prozent immer noch rund 90 Milliarden US-Dollar anfallen. Das ist etwa das Doppelte der Entwicklungshilfe aller Industrieländer zusammengekommen – eine Summe, mit der einiges Sinnvolles unternommen werden könnte, etwa in der Klimapolitik, für soziale Zwecke oder in der Entwicklungspolitik.“

Selbst wenn die Regierungen im Falle der Tobinsteuer ihre staatliche Entwicklungshilfe, die „in den letzten 10 Jahren bei etwa 0,3% des gesamten Bruttosozialproduktes der Geberländer stagniert.“ (PDS-Antrag auf Einführung der Tobinsteuer vom 23.04.99), mit dem Hinweis darauf, dass diese Bürde ja nun die Privatwirtschaft trägt, völlig zurücknehmen würden, bleibt also noch eine Menge Geld übrig. So zumindest sehen es die BefürworterInnen.

:bszkonsumterror Sauerstoffflaschen

Dass die chemische Formel für Wasser H_2O ist, gehört wahrscheinlich zur sogenannten Allgemeinbildung. Schwieriger wird's dann schon, wenn man fragt, wofür welcher Buchstabe denn nun steht. Richtig: H ist Wasserstoff und O Sauerstoff. War doch gar nicht so schwer. Jetzt aber steht man vor einem neuen Rätsel: Was ist das besondere an „Sauerstoffwasser“, wenn Sauerstoff in Wasser doch schon drin ist?

Gute Frage, jedoch leider ist die HMB Vertriebs GmbH, die Herstellerfirma des Sauerstoffwassers Oxivit, auch nicht in der Lage, dies zu beantworten. Nur so viel: Es liegt an der Husumer O_2 -Wirkstoffformel. Diese wiederum hat mit der einzigartigen Kationen-Ionen-Zusammensetzung des Husumer Mineralwassers zu tun. Mehr erfährt man über dies chemische Wunder leider nicht.

Ist ja aber auch egal, angesichts der Tatsache, was Oxivit alles kann: Es wirkt nämlich nicht nur gegen Tinnitus und Migräne, sondern unterstützt sogar das Abnehmen und bekämpft Müdigkeit. Übrigens: „Das Produkt erhielt den Namen Oxivit, wobei Oxi für Sauerstoff und Vit für Vitalität und Fitness steht,“ erklären die Hersteller. „Ohne Aufputschwirkung erfrischt sein, das ist es, was ich am Oxivit-Sauerstoffwasser so schätze,“ weiß der begeisterte Genießer von Oxivit, Hans D., zu berichten. Diese überzeugenden Ergebnisse werden erzielt, weil Oxivit über den Magen direkt in den Darm-Trakt und dort zu seiner vollen Entfaltung gelangt. Erprobt sei dies bisher in Versuchen mit Kaninchen, Wirkung hat es allerdings keine. (Spazieren gehen bringt offensichtlich mehr.) Ansonsten bezieht die HMB GmbH ihre Erkenntnisse vor allem aus Privatstudien im Freundes- und Bekanntenkreis des Geschäftsführers Uwe Kohlmann. Na, wenn das mal kein Qualitätsmerkmal ist.

Wahrscheinlich hat sich deswegen auch die Rewe-Handelskette dazu entschlossen, Oxivit in ihr Sortiment aufzunehmen. Schlechte Idee, denn die Werbung für Oxivit, wie Rewe sie betreibt, ist verboten. „Nach dem Lebensmittel- und Bedarfsgegenstandesgesetz sind Aussagen wie Stärkung des Immunsystems, zur Behandlung von Migräne oder Kopfschmerzen oder zur Senkung des Blutdrucks unzulässig,“ sagt Peter Hahn, Geschäftsführer des deutschen Brauerbundes und juristischer Experte für Lebensmittelwerbung. Also doch wieder Bier? Da weiß man schließlich wenigstens, wie es wirkt.



:bszimpresum

bsz – Bochumer Stadt- & Studierenden-Zeitung

Herausgeber: ASTA der Ruhr-Universität Bochum – der Vorstand: Verena Witte, René Voss, Dominique Bender, Johannes Bock

Redaktion dieser Ausgabe: Thomas Friedrichsmeier (tf), Hans Martin Krämer (hmk), Martin Krämer (mk1), Gerd Krauss (geka), Thilo Machotta (mac), Tanja Tästensen (tas), Charlotte Ullrich (cu), Claus Witte (wc)

V.i.S.d.P.: Hans Martin Krämer (Anschrift siehe unten)

Auflage/Druck: 3000 Stück, Druckerei Neuer Weg, Essen

Anschrift: bsz, c/o ASTA der Ruhr-Universität Bochum, Studierendenhaus Raum 081, 44780 Bochum

Fon: 0234-32-26900; **Fax:** 0234-32-16900

E-Mail: bsz@ruhr-uni-bochum.de

WWW: <http://www.ruhr-uni-bochum.de/bsz>

Anzeige

- Mensa-Plan für die Woche vom 26. September – 2. Oktober				
Unser Standard	Die Alternative	Die „Grüne“ Küche	Die „West-side“	Die „East-side“
MITTWOCH, 26.9.				
Bitte nutzen Sie das Angebot unserer Nudeltheke / Salatbar	(S) Schaschlikspieß mit einer Schaschlikssauce, dazu Macaroni und ein Salat	Blumenkohl-Käse-Medaillon mit einer Käsesauce, dazu Vollkornreis und ein Broccoli-Gemüse	Gebrotenes Geflügelschnitzel mit Geflügelrahmsauce, dazu Pommes frites und Broccoli-Gemüse	Bitte nutzen Sie das Angebot unserer Nudeltheke
DONNERSTAG, 27.9.				
Bitte nutzen Sie das Angebot unserer Nudeltheke / Salatbar	Paniertes Schollenfilet mit einer Remouladensauce, dazu Kartoffelsalat und ein Salat	Tofusteak mit einer Roggensenauce, dazu ein Kaisergemüse	Gefüllte Frühlingsrolle mit Sambal-Öleik-Sauce, dazu Reis-Risotto und ein Erbsengemüse	Bitte nutzen Sie das Angebot unserer Nudeltheke
FREITAG, 28.9.				
Bitte nutzen Sie das Angebot unserer Nudeltheke / Salatbar	Putenschnitzel, paniert mit Tomaten und Käse überbacken, dazu Tomaten-Sauce, grüne Nudeln, Salat	Soja-Bits mit einer hellen Champignon-Rahmsauce, dazu Püree (4,6) u. Rahmspinat	Gebrotenes Lachssteak mit Holländischer Sauce, dazu Petersilienkartoffeln und eine Salat-Beilage	Bitte nutzen Sie das Angebot unserer Nudeltheke
MONTAG, 1.10.				
Bitte nutzen Sie das Angebot unserer Nudeltheke / Salatbar	(S) Panierte Schweinefleisch-Nuggets mit einer Curry-Ketchupsauce, dazu Pommes frites und ein Salat	Vorarlberger Wälderpfanne mit Kräuterbrot und Sommergemüse	Blumenkohl-Käse-Schnitzel mit Rührei und Tomate, dazu eine Rahmsauce, Kartoffel-Waffeln, Salat	Bitte nutzen Sie das Angebot unserer Nudeltheke
DIENSTAG, 2.10.				
Bitte nutzen Sie das Angebot unserer Nudeltheke / Salatbar	(S) Schweinesteak „Holzfäller Art“ mit einer Pfeffer-Rahmsauce, Rahmkartoffel, Salat	Broccoli-Nußbecken mit einer Honigsauce, dazu Vollkornnudeln und Möhrchenstreifen	(S) Bratwurst mit einer Currysauce, dazu Pommes frites und ein Bohnengemüse	Bitte nutzen Sie das Angebot unserer Nudeltheke